

Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund vom 4. bis 5. Oktober 2021 in Wiesbaden

Steuererhöhungen würgen den Aufschwung ab.
Bürger sowie Unternehmen benötigen Entlastung.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU stellen fest, dass die deutsche Wirtschaft auf einem guten Weg ist, sich nach der größten Krise seit dem II. Weltkrieg zu erholen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich erfreulich solide, und die Wirtschaftsdaten entwickeln sich weitgehend positiv. Es ist unbestritten, dass diese Entwicklungen auf die umfangreichen Hilfen des Staates zurückzuführen sind. Um die Folgen der Corona-Pandemie endgültig zu überwinden, können weitere Unterstützungsmaßnahmen notwendig sein.

Die Sprecherkonferenz fordert kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und auch künftig die Wirkung der sogenannten „Kalten Progression“, von der vor allem die bürgerliche Mitte betroffen ist, auszugleichen. Der Einkommensteuertarif sollte auch weiterhin an die allgemeine Preisentwicklung angepasst werden. Damit wird sichergestellt, dass alle Einkommensteuerzahler vor einer schleichenden Mehrbelastung durch Inflation geschützt sind.

Gefährlich sind die Forderungen der politischen Linken nach Steuererhöhungen im Bereich der Einkommen- und der Erbschaftsteuer sowie der Wiedereinführung der Vermögensteuer. Es wäre widersinnig, zuerst Unternehmen und Wirtschaft zu stützen und sie danach mit Belastungen in ihrer Erholung zu bremsen und so die positive Entwicklung zu gefährden. Konkret würde das weniger Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, dafür mehr Bezieher staatlicher Leistungen und Armut bedeuten.

Laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut Köln (IW Köln) ist keine Steuerart wirtschaftsfeindlicher als die Vermögensteuer. Auch eine Studie des Bundesverbands deutscher Startups aus dem Jahr 2021 sieht in der Vermögensteuer eine Wachstumsbremse für die deutsche Startup-Szene.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher lehnen auch aus administrativen Gründen die Vermögensteuer konsequent ab. Ein Aufleben der Steuer hätte einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand zur Folge. Dazu führt die Substanzbesteuerung insbesondere bei familiär geführten Unternehmen zu Liquiditätsentzug und damit zu verminderten Innovationen und Investitionen. Das gefährdet den Bestand von Unternehmen und Arbeitsplätzen.

Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund vom 4. bis 5. Oktober 2021 in Wiesbaden

Moderne Finanzpolitik für ein starkes Deutschland

Eine gute und moderne Finanzpolitik lässt den Menschen und der Wirtschaft Raum zur freien Entfaltung und stärkt die Mitte der Gesellschaft. Sie ist gerecht, ausgewogen und bürokratiearm und dient den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen, die in Deutschland Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher fordern im Hinblick auf eine gerechte Finanzpolitik einen konsequenten Einsatz im Kampf gegen Steuerbetrug, aggressive Steuergestaltung und Geldwäsche. Niemand darf sich seiner Verantwortung für das Gemeinwesen entziehen. Das gilt sowohl für digitale Konzerne, die ihre Steuern dort zahlen sollen, wo sie ihre Umsätze erzielen und für solche multinationalen Konzerne, die sich der Besteuerung entziehen sowie für die konsequente Durchsetzung des Steuerrechts. Entscheidend ist dabei, mit unseren internationalen Partnern wirksame Lösungen zu entwickeln.

Ein positives Beispiel in Deutschland ist die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs im Onlinehandel, die auf eine Initiative der Länder zurückgeht. Betreiber von Internetmarktplätzen können in Haftung genommen werden, wenn bei ihnen tätige Händler die Umsatzsteuer nicht abführen. Dieser Einsatz generiert Mehreinnahmen, die für wichtige Entlastungen verwendet werden können. Außerdem führt der Kampf gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltung zu mehr Akzeptanz bei allen ehrlichen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen, die den Staat mit ihren Beiträgen finanzieren.

Zudem muss der Zugang zum Finanzamt für alle einfacher und bürokratieärmer werden. Die komplette Steuererklärung muss niedrigschwellig online erfolgen können, in einfachen Fällen per App. Insbesondere für Senioren muss es eine vereinfachte Version der vorausgefüllten Steuererklärung geben.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher fordern ein familienfreundliches und ausgewogenes Steuersystem. Wir wollen eine Gleichstellung der Freibeträge für Kinder und Erwachsene. Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende soll weiter erhöht werden. Das Ehegattensplitting wird weiterhin befürwortet, die Abschaffung würde Familien benachteiligen.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher befürworten bessere Möglichkeiten zur Vermögensbildung, wie z.B. durch eine Erhöhung der Arbeitnehmersparzulage und des Sparer-

43 Pauschbetrags oder die Stärkung der vermögenswirksamen Leistungen. Im Sinne einer Stärkung
44 der Aktienkultur in Deutschland ist auch die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und
45 Arbeitnehmer am eigenen Unternehmen ein wichtiges Anliegen.

46 Gerade um das Vertrauen in den Finanzmarkt und dessen Produkte zu stärken, benötigen wir
47 Schutz der Verbraucherinteressen, Transparenz und eine funktionierende Aufsicht. Skandale
48 wie Wirecard oder Greensill dürfen sich nicht wiederholen.

49
50 Zu einem modernen Staat gehört ein moderner Finanzplatz. Der Finanzplatz Deutschland mit
51 über 600.000 Beschäftigten ist eine Schlüsselindustrie unserer Wirtschaft. Alleine in Frankfurt
52 arbeiten knapp 70.000 Beschäftigte bei rund 300 Banken. Die Haushalts- und Finanzpolitischen
53 Sprecher befürworten eine Stärkung des deutschen Finanzplatzes, der Arbeitsplätze und
54 Wohlstand generiert, gerade auch im Hinblick auf nachhaltige Finanzprodukte. Sie befürworten
55 ferner eine Ansiedlung von Institutionen wie z.B. der EU-Anti-Geldwäsche-Agentur und
56 möglichst bürokratiearme Ansiedlungsmöglichkeiten für Finanzmarktteilnehmer, um mit
57 anderen internationalen Finanzplätzen konkurrieren zu können.

58
59 Aus Sicht der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU sind die genannten
60 Maßnahmen die Leitplanken einer Finanzpolitik für ein starkes und modernes Deutschland.
61 Gerechtigkeit, Ausgewogenheit und wenig Bürokratie, einfache Wege und verständliche
62 Regelungen sind Grundlagen für eine zukunftsorientierte Steuer- und Finanzpolitik.

Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund vom 4. bis 5. Oktober 2021 in Wiesbaden

Die Schuldenbremse ist unverhandelbar

Mit Blick auf die Sondierungsgespräche in Berlin ist für uns die Schuldenbremse unverhandelbar. Wir wenden uns gegen jeglichen Versuch einer Aufweichung oder Abschaffung.

Die Auswirkungen der Corona-Krise haben die Haushaltspolitik von Bund und Ländern vor große Herausforderungen gestellt. Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU stellen fest, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse in dieser schwersten gesamtdeutschen Krise der Nachkriegszeit ihre erste echte Bewährungsprobe bestanden hat. Die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Ausgestaltung erlaubt eine angemessene Reaktion der Haushaltspolitik in Krisenzeiten und lässt eine expansive Fiskalpolitik zur Bewältigung der Pandemie zu. Sie hat es dem Staat erlaubt, in der Krise sehr viel Geld für pandemiebedingte Mehrbedarfe und zum Ausgleich wegbrechender Steuereinnahmen einzusetzen. Allein für das Jahr 2021 rechnet der Bund mit einer Neuverschuldung von über 240 Milliarden Euro. Dazu kommen die Kredite der Länder für die Bewältigung der Pandemie.

Neben einer guten Konjunktur hat gerade die aufgrund der Schuldenbremse geltende Haushaltsdisziplin in den vergangenen Jahren für die finanziellen Spielräume gesorgt, die Deutschland zur Bewältigung der Pandemie nutzen konnte, ohne die finanzielle Tragfähigkeit der Staatsfinanzen aufs Spiel zu setzen. Dabei hat die Schuldenbremse in den vergangenen Jahren öffentliche Investitionen ermöglicht. Sie stärkt das Vertrauen in die Politik und setzt die richtigen Anreize, um für künftige Herausforderungen Vorsorge zu treffen.

Eine seriöse Finanzpolitik darf nicht darauf aufbauen, dass die Zinsen dauerhaft, nicht nur für Jahre, sondern Jahrzehnte, niedrig bleiben. Darauf darf sich ein Staat, der die Unabhängigkeit der Notenbank achtet, nicht verlassen. Es ist gerade die Stärke der Schuldenbremse, dass die Politik eine Antwort darauf geben muss, wie und wann sie die aufgenommenen Kredite in Zukunft zurückzahlen will. Die Forderungen nach einer Aufweichung und sogar Abschaffung der Schuldenbremse schaden der Glaubwürdigkeit der Politik. Kommenden Generationen müssen finanzielle Spielräume erhalten bleiben, um künftige Herausforderungen zu bewältigen.

Solide Finanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für jedes verantwortungsvolle staatliche Handeln. Sie sind wichtig für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie privater Investoren zum Staat, ebenso wie sie Gebot der Generationengerechtigkeit sind. Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU wenden sich gegen Bestrebungen der politischen Linken zur Aufweichung der Schuldenbremse. Die Sprecherkonferenz fordert, das bestehende Regelwerk weiterhin konsequent anzuwenden.